Sächsische Zeitung*

SZ-ONLINE.DE

"Nein, Tränen gab es nicht"

Thomas de Maiziere räumt am 14. März seinen Schreibtisch als Bundesinnenminister. Er hätte gern weitergemacht.

03.03.2018



"Beim Zusammenhalt aller Menschen, beim Grundkonsens im Land, da ist einiges ins Rutschen gekommen:" Bundesinnenminister Thomas de Maiziere (CDU) auf dem Haus der Presse in Dresden.

© Robert Michael

Herr de Maiziere, wie schwer fällt Ihnen der Abschied als Bundesinnenminister?

Wer keinen Abschiedsschmerz hat, der hat seinen Job vorher nicht mit Leidenschaft gemacht. Insofern empfinde ich Abschiedsschmerz. Die Mitarbeiter sind mir ans Herz gewachsen, die Themen sind mir ans Herz gewachsen. Aber ich bin jetzt schon 27 Jahre in Regierungsverantwortung, davon zwölf Jahre als Mitglied der Bundesregierung, sieben Jahre als Staatsminister in Sachsen und acht Jahre als Staatssekretär in Mecklenburg-Vorpommern. Das war eine lange Zeit mit unterschiedlichsten aber immer großen Herausforderungen. Dafür bin ich sehr dankbar.

Auf dem Sonderparteitag am Montag in Berlin, als sie von den etwa 1000 Delegierten so viel stürmischen Beifall erhielten, schien es, als hätten Sie Tränen in den Augen. War es so?

Nein, Tränen nicht. Aber gerührt war ich schon. Es war ein besonderes Erlebnis.

Wann haben Sie erfahren, dass Sie dem neuen Kabinett nicht

angehören werden?

Am Morgen des letzten Verhandlungstages.

Hat Angela Merkel dazu auch noch einmal persönlich mit Ihnen gesprochen?

Ja. Wir waren zusammen essen. Wir haben uns ausgesprochen, es war ein gutes Gespräch.

Wäre das Verteidigungsministerium eine Option für Sie gewesen?

Nein. Ich habe der Bundeskanzlerin nach der Wahl gesagt, dass ich gern das Innenressort weiterführen, aber kein anderes Ressort führen möchte. Gern hätte ich ein paar Dinge im Innenministerium zu Ende gebracht, aber mir ging es nie um die Position eines Bundesministers.

War es im Nachhinein ein Fehler, im Oktober vorigen Jahres nicht als Nachfolger für Stanislaw Tillich zur Verfügung zu stehen? Sie sagten damals, ihr Platz sei in Berlin.

Nein. Wenn mir damals gesagt worden wäre, Du wirst in der neuen Regierung nicht mehr Bundesinnenminister, hätte ich genauso mit nein geantwortet. Michael Kretschmer ist eine sehr gute Lösung für Sachsen. Ich unterstütze ihn mit voller Kraft.

Was werden Sie am meisten in ihrem Ministerium, an ihrem Job vermissen?

Sicher die Menschen, mit denen ich zusammen gearbeitet habe. Auch ein paar Themen, die mich umtreiben. Beispielsweise die Zusammenarbeit von Bund in Ländern in Sachen Sicherheitsarchitektur, die besser werden muss. Oder die Fortsetzung der sehr schwierigen Arbeit im Bereich Flüchtlinge mit der Integration auf der einen und der verschärften Rückführung auf der anderen Seite. Und das große Thema der Cybersicherheit. Nicht vermissen werde ich den Druck der Verantwortung, und die Terminfülle. Mit Freude werde ich nachts das Handy vom Nachttisch verbannen. In einen anderen Raum.

Sie haben sich kritisch zu Ihrem Nachfolger Horst Seehofer und zum neuen Zuschnitt des Ministeriums geäußert. Seehofer hat sich kritisch zurück geäußert. Inwiefern ist es problematisch, dass Seehofer kein Jurist ist und dass das Ministerium um die Bereiche Bauen und Heimat erweitert wird?

Ich habe mich gar nicht kritisch zu Horst Seehofer geäußert, sondern habe nur auf Fragen zur Größe des neuen Ministeriums und zu Vorteilen einer juristischen Ausbildung für dieses Ministeramt geantwortet. Ich wünsche Horst Seehofer viel Erfolg - für ihn ganz persönlich und für unser Land.

Weshalb sollte sich der Bund nicht mit dem Thema Heimat beschäftigen? Vielleicht ging es in letzter Zeit etwas unter?

Keine Frage, das Thema ist groß und wichtig, davon bin ich überzeugt - aber es hat viel mehr Facetten. Niemand wird als Meißner zum Beispiel sagen, er möge seine Meißner Heimat nicht.

Angesichts der Geschwindigkeit des Lebens, der Globalisierung, des Internets haben aber viele Menschen das Gefühl, abgehängt zu werden. Das sind Themen, die gehen viele Ministerien, Länder und Kommunen an. Sie sind zuständig für die Rahmenbedingungen, damit sich die Menschen wohl fühlen. Doch den wesentlichen Kern des Begriffs Heimat kann die Politik nicht beeinflussen. Das können nur die Menschen selbst durch ihre sozialen Kontakte, durch Freundschaft, Liebe und Ehrenamt, durch Selbstbewusstsein. Politik soll in einer freiheitlichen Gesellschaft nicht zuständig sein für Glück, für Lachen und Weinen oder für die Verhinderung von Einsamkeit. Auch nicht für ein Heimatgefühl. Das ist etwas zutiefst Menschliches. Das allein schaffen zu wollen, darf sich Politik nicht anmaßen.

Wenn Sie zurückblicken, wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Arbeit als Bundesinnenminister? Was ist Ihnen gut gelungen, was nicht so?

Das kann ich sicher erst mit einem gewissen Abstand sagen und eigentlich sollten das auch andere beurteilen. Aus heutiger Sicht ist uns aber gut gelungen, dass wir im IT-Bereich bei der Vernetzung der Systeme von Bund und Ländern endlich einen großen Sprung gemacht haben. Gut gelungen ist die Personal-Verstärkung bei der Bundespolizei um 20 Prozent und beim Bundeskriminalamt (BKA) um 25 Prozent zum jetzigen Bestand. Weitere 7500 Stellen sind im Koalitionsvertrag vereinbart. Gut gelungen ist die europäische Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen. Bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise ist einiges gelungen, einiges nicht. Gelungen ist vieles im Bereich der Terrorismusbekämpfung. Die Reform der Spitzensportförderung ist auf einen guten Weg gebracht.

Haben wir die Flüchtlingskrise jetzt überstanden? Ist sie beendet oder gibt es nur eine Pause?

Das Thema Flüchtlinge bleibt eines der großen Themen der nächsten Jahrzehnte. Das hat zu tun mit regionalen Konflikten, mit dem Armutsgefälle in der Welt und mit dem Klimawandel. Für Deutschland sind die Flüchtlingszahlen jetzt erheblich zurückgegangen. Dafür haben wir hart gearbeitet. Dennoch ist es inakzeptabel, dass immer noch in der Regel Schlepper darüber entscheiden, wer zu uns kommt. Das ist nicht human. Wir müssen den Schutz der Außengrenzen verbessern und Menschen vor Ort in Nordafrika davon abhalten, mit Schleppern in Kontakt zu kommen und auf falsche Versprechen zu vertrauen. Sichere Orte außerhalb Europas müssen dann der Ort sein, von wo aus Europa Schutzbedürftige im angemessenen Maße aufnimmt und verteilt. Und wir müssen dazu beitragen, dass die Menschen in ihrer Heimat eine Perspektive haben.

Sie haben ja durch Ihren engen Kontakt zur Parteibasis in Ihrem Meißner Wahlkreis schon lange mitbekommen, dass die Leute vor Ort ganz anders denken als die CDU-Führung in Berlin. Hätte das Aufkommen der AfD durch eine andere Flüchtlingspolitik verhindert werden können?

Es war sicher ein Fehler, dass CDU und CSU lange keine gemeinsame Position in der Flüchtlingsfrage hatten. Das hat der AfD geholfen. Es ist auch nicht gelungen deutlich zu machen, dass wir schon ganz viel erreicht haben. Der Versuch im Wahlkampf, möglichst wenig über das Thema Flüchtlinge zu sprechen, erweist sich im Nachhinein als falsch. Wir hätten streitiger diskutieren sollen. So ist die AfD sehr erfolgreich in diese Nische hinein gegangen. Allerdings zu glauben, dass die AfD nur wegen des Flüchtlingsthemas so erfolgreich wurde, ist auch nicht richtig. Das hat noch mehr Gründe. Es hat zu tun mit der Glaubwürdigkeit der Institutionen, mit dem Euro, mit einer wahrgenommenen Arroganz der Verwaltung oder der Langsamkeit des Rechtsstaates. Diesen Themen müssen wir uns zuwenden.

Macht es jetzt Sinn, durch konservativere Positionen wie sie etwa Jens Spahn vertritt, Wähler von der AfD zurück zu gewinnen?

Was ist konservativ? Recht und Gesetz durchsetzen, ist das konservativ? Nein. Mich stört, dass häufig einfach Begriffe wie konservativ, Erneuerung oder "kein weiter so" verwendet werden, ohne inhaltliche Vorstellungen damit zu verbinden. Da sollten wir konkret werden. Nur etwas zu machen, um die AfD zu bekämpfen, funktioniert nicht. Das wäre nur taktisch. Das merken die Menschen. Wir müssen Probleme lösen, weil sie da sind und wir von der Lösung überzeugt sind.

In Österreich war Sebastian Kurz damit erfolgreich, oder?

Sebastian Kurz hat die ÖVP wieder stärker gemacht, aber noch nicht so stark wie die CDU und die FPÖ hat aber auch dazu gewonnen und nicht verloren.

Wie bewerten Sie die Entscheidung der Essener Tafel, an neuen Flüchtlingen vorübergehend keine Nahrungsmittel mehr auszugeben?

Ich finde, dass solche Entscheidungen zunächst mal die Verantwortlichen vor Ort entscheiden sollten.

Wie kann die Spaltung der Gesellschaft, die von der Flüchtlingskrise ausgelöst oder zumindest beschleunigt wurde, wieder überwunden werden?

Dafür gibt es kein Allheilmittel. Natürlich gibt es Unterschiede in einer modernen und freiheitlichen Gesellschaft. Freiheit führt zu Unterschieden. Die gab es auch früher, zwischen Berlinern und Sachsen oder zwischen Rheinländern und Bayern. Es gibt auch Unterschiede zwischen jung und alt. Das ist normal. Aber Unterschiede dürfen den Zusammenhalt einer Gesellschaft nicht gefährden. Und beim Zusammenhalt aller Menschen, beim Grundkonsens im Land, da ist einiges ins Rutschen gekommen. Die Sprache wird roher, im Internet vor allem. Dass Polizisten und Rettungskräfte angegriffen werden, ist in dieser Form auch neu. Noch ein Beispiel. Die Polizei hat jetzt eine jugendliche Einbrecherbande in Zeithain festgenommen. Es waren Deutsche. Was wäre, wenn es Flüchtlinge gewesen wären? Wie groß wäre der Aufschrei? Aber sind wir nicht alle vor dem Gesetz gleich? Die Politik versucht gegenzusteuern. Es gibt Gesetze gegen Hassmails und die Strafe für Angriffe auf Polizisten wurde jetzt verschärft. Aber das wird nicht reichen. Wir brauchen hier das klare Bekenntnis zu unseren Grundwerten quer durch alle Bereiche.

Wird die große Koalition am Sonntag mit dem SPD-Mitgliederentscheid zu Stande kommen?

Ich rechne mit einer Zustimmung.

Vermissen Sie einen ostdeutschen Minister im neuen Kabinett?

Die Bundeskanzlerin ist Ostdeutsche, wir werden einen Ostbeauftragten bekommen. Das ist gut. Und heute gibt es nur noch wenig reine ostdeutsche Belange. Stattdessen gibt es Probleme bei uns wie auch anderswo. Außerdem vermischt sich da auch einiges. Bildungsministerin Johanna Wanka kommt politisch aus Niedersachsen, ist aber eine reine Ostdeutsche. Ich komme politisch aus Sachsen und fühle mich da auch zu Hause, bin aber in Bonn geboren.

Was werden Sie jetzt tun?

Ich bleibe Bundestagsabgeordneter, und mich für meinen Wahlkreis einsetzen. Ich werde in einen Ausschuss gehen, mal sehen in welchen. Ich werde mir einen anderen Lebensrhythmus zulegen. Vor dem Sommer will ich nicht entscheiden, was ich noch mache.

Es gab Gerüchte, Sie würden nach Brüssel zur EU-Kommission wechseln? Oder zur NATO?

Nein. Dahin gehe ich ganz sicher nicht.

Werden Sie sich jetzt noch stärker in ihrem Wahlkreis einbringen?

Ich habe das immer gern gemacht. Ich brauche den Basiskontakt, muss mit normalen Menschen reden und nicht immer nur mit Politikern, Funktionären und Journalisten.

Wann ist Ihr letzter Tag im Amt?

Nach jetziger Planung werden am 14. März die Bundeskanzlerin und die neuen Minister ernannt. Damit endet meine Amtszeit offiziell. Wir werden dann, voraussichtlich am 15. März eine Mitarbeiterversammlung machen. Dort werde ich mich von meinen Mitarbeitern verabschieden und mein Nachfolger als Bundesinnenminister wird offiziell in das Amt eingeführt. Den genauen Ablauf werden wir - so ist es üblich - zu gegebener Zeit miteinander besprechen.

Interview: Ulf Mallek

 $Artikel-URL:\ http://www.sz-online.de/nachrichten/nein-traenen-gab-es-nicht-3890608.html$